

Enztal-Bote.

erschien täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertag. Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk M. 3.30, im sonstigen Inland, Verleger M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Zeile oben deren Raum 16 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamazeilen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gae. Fernsprecher 33. Jahrgang 53
Anzeigennahme: In Wildbad: Wilhelmstraße 99
Anzeigennahme: In Calmbach: Hauptstraße 100
Nr. 162 Donnerstag, den 24. Juli 1919

Tageschau.

Das Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold wird, wie wir hören, so verkündet werden, daß es am 1. August 1919 in Kraft tritt.

Der Postverkehr zwischen Amerika und Deutschland hat heute mit der Verschiffung von 400 Postfäcken mit 350 000 Briefen begonnen. Man erwartet, daß bis zur Wiederaufnahme des direkten Dienstes nach Deutschland die Briefe und die Paketpost wöchentlich einmal expediert werden.

Die interalliierte Kommission, die sich mit der Ausführung des Friedensvertrags mit Deutschland beschäftigt, hat heute ihre Arbeiten beendet, welche sich auf die Nennung und Uebergabe deutschen Gebiets beziehen.

„Daily Chronicle“ vom 21. Juli meldet, daß in einem Teile Irlands am Sonnabend als Protest gegen die Friedensfeier schwarze Fahnen gehißt wurden.

Nach einer Meldung des „Chicago Tribune“ soll sich Marshall Foch angeblich weigern, die deutschen Kriegsgefangenen zurückzugeben, wenn die als Büchse für die Lösung des franz. Serranien Manheim von der Stadt Berlin geforderten 1 Million Goldmark nicht bezahlt werden. Hierzu wird mitgeteilt, daß an den zuständigen Stellen davon nichts bekannt ist.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 22. Juli.

Die Nationalversammlung beendete heute die zweite Lesung der Reichsverfassung. Zunächst stand mit Artikel 18 „Gliederung des Reichs“ der Kompromißantrag Lobe (S.)-Trimbom (B.)-Heine (D.D.P.) zur Beratung, der die Selbständigmachung einzelner Provinzen wesentlich erleichtert, sofern für eine Gebietsänderung eines Landes oder die Selbständigmachung einer Provinz der Beschluß einer einfachen Reichstagsmehrheit und die Zustimmung von nur drei Fünfteln des betreffenden Landes genügen soll. Daß darin eine Gefahr für den Bestand vor allem des preussischen Staats liegen kann, ist klar, und die preussische Regierung hat deshalb auch anfänglich schwere Bedenken gegen das Kompromiß erhoben. Sie hat sie aber jetzt doch wieder aufgegeben in der Erwartung, daß der nationale Sinn des deutschen Volkes an den Grundvesten Preussens, mit denen die des Reichs in Trümmer gehen würden, nicht rütteln lassen werde. Der preuss. Min. Heine erklärte daher, daß der Kompromißantrag auch für Preußen annehmbar sei. Der Artikel 164 des Verfassungsgesetzes bestimmt, daß ein Mitglied einer früher regierenden Familie während der nächsten 15 Jahre nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden darf. Die Unabhängigen brachten den Antrag ein, daß solche Familienglieder überhaupt nicht gewählt werden können. Obgleich sämtliche bürgerliche Parteien sich gegen das „Ausnahmegesetz“ aussprachen, wurde der Antrag der Unabhängigen zu allgemeiner Ueberraschung mit 5 Stimmen Mehrheit (123 gegen 117) angenommen. Auch die Aufhebung der privaten Regalien und der Nutzungsrechte (Bergwerksgerechtigkeiten) ohne Entschädigung wurde nach einem Antrag Auer (S.) mit 132 gegen 118 Stimmen beschlossen, desgleichen wurde in der Abstimmung über den gestern beratenen „Materartikel“ der Artikel 162 gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Artikel 172, nach dem die Nationalversammlung bis zum Zusammentritt des ersten Reichstags als Reichstag gilt und der bisherige Reichspräsident bis zur gültigen Wahl Präsident bleibt, wurde gegen die Deutsch-Nationalen und Unabhängigen angenommen, der Antrag der Unabhängigen, daß der erste Reichstag am 18. Januar 1920 gewählt sein müsse, mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt. Große Unruhe entstand im Hause, als der heftige Justizminister v. Brentano das Vorgehen der heftigen Regierung in Sachen der angestrebten Republik Großbüßen zu verteidigen suchte. Durch Zurufe von allen Parteien wurde kundgegeben, daß die heftigen Absonderungsgefühle durchaus verurteilt werden.

Sitzungsbericht.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.10 Uhr vormittags.

Die Beratung des Verfassungsentwurfs wird mit dem Artikel 18 „Gliederung des Reichs“ fortgesetzt, zu dem der Kompromißantrag Lobe (S.)-Trimbom (B.)-Heine (D.D.P.) vorliegt. Nach diesem Antrag bedürfen Gebietsänderungen und Neubildungen von Ländern innerhalb des Reichs der Zustimmung der beteiligten Länder und der Bestätigung durch Reichsgesetz. Stimmen die Länder nicht zu, so kann die Neubildung durch Reichsgesetz (Ausnahmsbeschuß: „Verfassungsänderungen durch Reichsgesetz“) erfolgen, wenn die Überwiegenden allgemeinen Interessen der Bevölkerung dies erfordern. Die Zustimmung der Bevölkerung erfolgt wenn ein Drittel der Wahlberechtigten des abzutretenden Gebietes es verlangt (Ausnahmsbeschuß: „Wenn ein Viertel der Wahlberechtigten oder die politischen oder kommunalen Vertretungen eines Viertels der beteiligten Bevölkerung es verlangt“).

Zum Beschluß einer Gebietsänderung sind mindestens drei Zehntel der Stimmen aller Wahlberechtigten erforderlich. Bei Abtretung von Bezirken ist der Volkswille des ganzen Bezirkes festzustellen. Ein Streit über die Vermögensauseinanderung wird durch den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entschieden.

Der Kompromißantrag will ferner in die Uebergangsbestimmungen einen neuen Artikel 164a aufnehmen, wonach die Bestimmungen des Artikels 18, die für den Fall gelten, daß die Länder nicht zustimmen, erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft treten.

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Graf von Posadowsky (D.nstl.V.) und Gen. sind die Bestimmungen, die sich auf die mangelnde Zustimmung der Länder beziehen, ganz zu streichen.

Die Abgeordneten Dr. Heintze und Gen. (D.P.) beantragen, daß bei mangelnder Zustimmung der Länder eine Neubildung oder Gebietsänderung durch ein Verfassungsänderungsgesetz erfolgen kann, wenn das Reichsinteresse sie erfordert.

Zu Artikel 62 beantragen die Sozialdemokraten Auer und Gen. die Abänderung, daß Länder, die weniger als eine Million Einwohner haben, im Reichsrat nur dann stimmberechtigt sind, wenn durch Reichsgesetz anerkannt wird, daß überwiegende wirtschaftliche Gründe eine besondere Vertretung erfordern.

Zu Artikel 64 beantragen die Unabhängigen Frau Agnes und Gen., daß die preussischen Stimmen nicht von den Provinzialverwaltungen, sondern von den Provinziallandtagen und zwar auf Grund des Reichstagswahlrechts zu bestimmen sind.

Die Abg. Dr. Heintze (D.P.) und Gen. beantragen den Zusatz, daß die Stimmen einheitlich für jedes Land abzugeben sind.

Preussischer Minister Heine: Preußen ist nicht abgeneigt, im Interesse der Vereinheitlichung auch preussische Gebietsstellen herzugeben und es verhandelt über solche Absichten bereits mit dem Freistaat Hamburg und mit den thüringischen Staaten. Aber es ist selbstverständlich, daß dann auch die Staaten denen wir mit Gebietsabtretungen helfen, nun auch künftigherher dem Wunsche nach Vereinheitlichung der Verwaltung Rechnung tragen.

Heftiger Justizminister v. Brentano: Auch in Preußen haben aufgestellte Beamte autonomische Pläne vertreten. Uns gegenüber wird man direkt beleidigend. Es wird von einem landesverräterischen System gesprochen.

(In seiner weiteren Rede wird der Redner schließlich durch lebhafteste Schimpfe aus allen Ecken des Hauses unterbrochen.)

Abg. Dr. Haase (U.S.P.): Preußen muß in das Reich aufgehen, dann müssen aber die süddeutschen Staaten folgen.

Der Kompromißantrag Lobe-Trimbom-Heine zu Artikel 18 wird in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 71 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen angenommen.

Das Haus nimmt nunmehr die gestern ausgesetzte Abstimmung über den Artikel 162 (Materartikel) vor in der sämtliche Abänderungsanträge abgelehnt werden bis auf den Antrag Dellus, der im Reichswirtschaftsrat und in den Bezirkswirtschaftsräten nicht „die wichtigsten Berufsgruppen“ sondern „alle wichtigen Berufsgruppen“ vertreten sehen will. Mit dieser Änderung wird Artikel 162 in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Zu dem Artikel 152 (Bodennutzung) ist noch rückständige die namentliche Abstimmung über den Antrag Luer (S.), der die Aufhebung der privaten Regalien und Nutzungsrechte verlangt. Sie ergibt die Annahme des Antrags mit 132 gegen 118 Stimmen.

Die Sitzung wird um 12.30 Uhr abgebrochen.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr nachmittags. Artikel 164 bestimmt, daß in den nächsten 15 Jahren Mitglieder der Familien von Landesherren, die 1918 in Deutschland regiert haben, nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können.

Ein Antrag der Deutschnationalen und ein weiterer der Deutschen Volkspartei wollte die Bestimmung streichen. Ein Antrag der Unabhängigen will, daß die Mitglieder überhaupt nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können.

Abg. Gröber (S.): Die Bestimmung sieht aus, wie ein ganz unmodifiziertes Angstprodukt. Abg. Juscha (D.D.P.): Die Anträge der beiden sozialdemokratischen Parteien sind nichts weiter als Angstprodukte. Der Antrag der Unabhängigen wird mit 123 gegen 117 Stimmen angenommen, was die Linke mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Zu Artikel 167 (Uebernahme der Post- und Telegraphenverwaltung auf das Reich) und 168 (Uebernahme der Staatseisenbahnen und der Wasserstraßen) will ein gemeinsamer Antrag der Deutschnationalen, der Demokraten und der Sozialdemokraten bei mangelnder Verständigung die Uebernahmebedingungen durch den Staatsgerichtshof entscheiden lassen.

Die Artikel 167 und 168 werden angenommen. Ein deutschnationaler Antrag, wonach eine Eidesleistung rechtswirksam auch in der Weise erfolgen kann, daß der Schwörende unter Weglassung der religiösen Eidesformel erklärt: „Ich schwöre“ wird angenommen.

Artikel 170 (Aufhebung der alten Verfassung) wird angenommen. Auf Antrag des Abg. Dr. Haas (D.D.P.) wird ein Artikel 171a, wonach die Aufhebung der Orden- und Ehrenzeichen auf die Kriegsjahre der Jahre 1914 bis 1919 nicht angewendet werden soll, angenommen.

Artikel 172 bestimmt, daß bis zum Zusammentritt des ersten Reichstages die Nationalversammlung als Reichstag gilt und daß der bisherige Reichspräsident bis zur gültigen Wahl eines Nachfolgers Reichspräsident bleibt. Die Unabhängigen bringen einen Antrag ein, daß der erste Reichstag am 18. Januar 1920 gewählt sein muß.

Artikel 172 wird in der Ausschlußfassung angenommen. Im Ausschuß beantragte Entschlieungen, die Regierung möge eine Reichsvermittlungsstelle einrichten, ferner die Frage prüfen, ob und wie weit die Kleinststaaten unter einer Million Einwohner beieinander werden können und endlich mit der arbeits-

ten Beschleunigung ein Gesetz über die Aufhebung der Militärjustiz einzubringen, werden angenommen. Nach einem Schlußwort des Präsidenten Fehrenbach vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch Vormittag 10 Uhr.

Die Erklärung der Reichsregierung.

Weimar, 23. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung der Nationalversammlung um 10.25 Uhr. Tagesordnung: Entgegennahme der Erklärung der Reichsregierung.

Reichsministerpräsident Bauer: Mit der Ratifizierung des Friedensvertrags ist eine Epoche abgeschlossen, die den gewaltigen Aufstieg Deutschlands und seinen tragischen Zusammenbruch umfaßt. Es gilt, die Bilanz unserer Lage zu ziehen und die zukünftige Marschroute der deutschen Republik zu bestimmen. Die Revolution hat uns freie Bahn geschaffen, aber es war die freie Bahn, wie sie die Vernichtung auf dem Schlachtfelde schafft. Nach der Annahme der neuen Verfassung ist die demokratische Republik unter Dach und Fach. Es verdient festgehalten zu werden, daß die äußerste Rechte gerade diesen Augenblick, der das hohenzollernische Kaiserreich auf Nimmerwiedersehen zu den Toten legt, dazu benutzt hat, die Wiederherstellung der Monarchie der Hohenzollern als ihren ersten Programmpunkt zu erklären. Daß sie die Revolutionsregierung für den Frieden verantwortlich macht, nachdem das Kaiserium in unheiliger Machtverblendung den Krieg und damit von vornherein den Frieden verloren hatte, daß sie der parlamentarischen Regierung den Kampf ansagt, ist nichts neues. Wir sind zum Kampf gerüstet, auch zum Kampf gegen Geschichtsfälschung. Die Geschichte selbst hat in den Novembertagen gerichtet.

Heute leuchtet die Demokratie über der neuen Republik. Kein anderes Volk kann sich solch reiner Demokratie rühmen. Ganz sicher ist noch das eine oder das andere zu tun. Aber wenn es wirklich noch da und dort fehlt, so ist es nicht ein Fehlen von Rechten des Volks, sondern vielmehr ein Fehlen von Fähigkeiten, diese Rechte in vollem Umfang auszuüben. Wir müssen die Waffen der Bildung und der Kenntnisse an das ganze Volk verteilen, das ist die einzige Bewaffnung des Proletariats, die uns den Sieg für unser ganzes Volk verbürgt; wir müssen aber auch Respekt vor Sachkenntnis und Erfahrung bekommen; wir müssen jedem Befähigten die Erwerbung dieser Sachkenntnis und Erfahrung möglich machen.

Das sind Binsenwahrheiten, aber sie sind in der Verwirrung der Zeit fast verloren gegangen, wo viele in der leichteren Mitgliedschaft einer Partei das Recht auf eine Führerrolle erblicken, ja wo ganze Parteien, trotzdem sie die Minderheit darstellen, das Recht auf eine Diktatur ihrer Mitglieder über die Mehrheit des Volks proklamieren wie die Unabhängigen. Mit der übergroßen Mehrheit des Volks lehnen wir jede Diktatur als ein brutales, geistloses und unzuverlässiges Mittel aufs entschiedenste ab. Eine Revolution der Experimente, dazu hin der mißglückten Experimente wie in Rußland, mache ich nicht mit. Ich bin auch nicht ängstlich vor jedem Wagnis, doch wer das Tempo übermäßig beschleunigt, ist kein Bahnbrecher der Revolution, sondern ein Schrittmacher der Reaktion. Die wilden Streiks sind nichts anderes als unblutige Wuttsche, die der Mehrheit der Bevölkerung und gerade dem arbeitenden Volke durch ihre Störung der Nahrungsmittelversorgung mehr unblutige Wunden schlagen und mehr Schaden zufügen, als je ein Straßenkampf.

Es ist nicht zu leugnen: Die breiten Volksmassen haben Grund zur Unzufriedenheit, denn auf der einen Seite Genüßsucht und zügellose Verschwendung, auf der anderen Seite trotz aller Erhöhungen Löhne, die kaum zum Bezug der rationierten, ganz gewiß nicht zur Bezahlung der unrationierten Lebensmittel ausreichen. So greifen die Arbeiter zu dem einzigen Mittel, das nicht bessert, sondern nur verschlimmern kann: zum Streik. Auf wessen Äxten? Nicht am Maschinengewehr erkennt man den Pulsch, sondern an seiner Gefahr für das allgemeine Volksleben, an seinem Willen, gewaltsam eine Umgestaltung herbeizuführen. Solange die Unabhängigen nicht den Mut aufbringen, offen und gerade dagegen Front zu machen, müssen sie sich den Vorwurf der Zweideutigkeit gefallen lassen.

Am gründlichsten haben sich im neuen Deutschland die Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben verändert. Die Macht des Arbeiters ist gewachsen, seine einstige Rechtlosigkeit gehört der Geschichte an. Dies muß seinen Ausdruck auch in den öffentlichen Einrichtungen finden. Deshalb werden wir Ihnen ein Gesetz über Arbeiterräte und Wirtschaftsräte vorlegen, das den Arbeiter zum Mitbestimmer

Berlin, 22. Juli.

Dr. Kauffmann-Stuttgart berichtet über Wirtschaftsfragen: Wir halten fest an der Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Prof. Dr. Gerlan b-Zena: Die wirtschaftliche Abhängigkeit ist viel gefährlicher als die politische, gegen die man wenigstens offen ankämpfen kann.

Als erster Redner sprach in der Debatte Gewerkschaftsvorsitzender Hartmann: Wenn man früher bereits den Gedanken der Betriebsdemokratie durchgeföhrt hätte, wäre die Arbeiterschaft nicht so widerstandlos schein-radikalen Phrasen erlegen.

Abg. Arbeitersekretär Fischer-Stuttgart wies darauf hin, daß die Volkswirtschaft überhaupt nur zu retten ist, wenn es gelingt, die Arbeiter und Angestellten mit dem Geiste der Mitverantwortung für die Produktion zu erfüllen.

Inzwischen werden die Parteivorsitzenden gewählt. Nachdem der erste Wahlgang eine Entscheidung nicht gebracht hatte, wurde eine Stichwahl vorgenommen, aus der Abg. Kauffmann mit 285 Stimmen als erster Vorsitzender der Partei hervorging.

Zu der Debatte über die Wirtschaftsfragen, zu der 60 Redner gemeldet sind, ward die Notwendigkeit des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter anerkannt und die Durchführung der Arbeitsdemokratie gefordert.

Gefordert wird, daß die Partei der Landwirtschaft mehr Aufmerksamkeit schenke; nicht achtlos dürfe man an dem friesischen Wort „Lieber tot als Sklave“ vorübergehen.

In der Debatte über Schule und Kirche werden heftige Angriffe auf das Schulkompromiß, das als technische Unmöglichkeit bezeichnet wird, erhoben. Um es zu vernichten, sei es nötig, daß die Demokratie so schnell als möglich wieder die Hand auf das Reichssteuer lege.

„Vor meiner Geburt — meine Eltern wohnten zu jener Zeit in Slobibec — ertrant Levin, mein ältester Bruder, in dem schwarzen Teich. Er war damals kaum drei Jahre, Rudolph aber kaum sechs Monate alt.“

Seine Sorge für die Gemütsruhe der Frau, die ihn, wenn auch nie verlegend, aber trotzdem stets mit kaltem Stolz behandelte, rührte die Tochter, deren Hauptstreben bisher das Glück der geliebten Mutter gebildet hatte, aufs Tiefste.

Als beide wieder mit den Eltern und Geschwistern zusammentrafen, wurden sie mit fröhlichem Jubel von Rudolph empfangen.

Zur Unterstützung der wirtschaftlich Schwachen sollen zahlreiche Grundstücke, die einst meist militärischen Zwecken dienten, für die Zwecke der Ansiedlung unter dem heutigen Taxwert trotz der furchtbaren Finanzlage abgegeben werden.

Die Lebensverhältnisse müssen mit Löhnen und Gehältern in Einklang gebracht werden. Die ständigen Lohnforderungen sind das schlechteste Mittel, um die Verhältnisse zu bessern.

Die Sozialpolitik wollen wir nach Kräften weiter ausbauen, durch die bereits angekündigte Novelle zur Reichsversicherungsordnung, durch baldige Inangriffnahme der großen Reform der Reichsversicherungsordnung.

Den wirtschaftlichen Schwachen in der Beamtenschaft soll durch ein neues sofort in Angriff zu nehmendes Beamtensoldengesetz Rechnung getragen werden. Ob nochmals eine Teuerungszulage gewährt werden kann, soll mit den Regierungen der Freistaaten und den Beamtensorganisationen wohlwollend geprüft werden.

Die Grundlage alles Gedeihens bleibt die Arbeit. Der Friedensvertrag legt uns die Pflicht zur Arbeit auf. Das gleiche tut die Pflicht uns selbst gegenüber. Sie ist unser einziges, im Kurs nicht gesunkenes Zahlungsmittel.

Der Friedensvertrag ist einigermaßen nur dann durchführbar, wenn jeder Deutsche auf einen Teil seines Selbstbestimmungsrechtes zu Gunsten der Allgemeinheit verzichtet, so, wie die Staaten ihrerseits zu Gunsten des Völkerbunds.

Hier noch ein Wort an die Partei, die sich Deutsch-National nennt, als läge darin ein Unterschied zu den anderen Parteien. Diese Herren ahnen nicht, wenn alles sie beim Versuch einer Reaktion sich gegenüber stehen sehen würden! Bekämpfen und niederzupfen müssen wir vor allem den Schrei nach Rache.

Wir glauben an die Unbesiegbarkeit der Demokratie, die nicht nur die Gleichheit zwischen den Volksgenossen, sondern auch die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zwischen den Völkern, dem Völkerbund erschaffen muß.

„Ihnen aus den Westarten der Periode entgegenstrahlte, verhasst, trotz aller Bedenken, auch ihnen bald zu einem Gefühle des Glückes. Die Hage des Richters verriet eine stolze Befriedigung; der Freiherr schien vernügt und sagte der erstenden Braut mehr Ansehlichkeit, als eigentlich mit seiner Würde als Vater vereinbar war.“

Franz und Leonore empfingen ein wenig verspätet die Kunde von dem frohen Ereignisse. Während die älteren Herrschaften die Tannen des Mastenwaldes bewunderten, hatte die junge Dame unter der Führung Franz von Langes den Weg nach dem verfuntenen Schlosse eingeschlagen, dessen Legende er ihr erzählte.

Franz empfand die Verpflichtung, die seiner Leitung anvertraute Dame zu unterhalten, und deshalb teilte er ihr die Sage von dem verfuntenen Schlosse mit, das einst von einem alternden Gebieter bewohnt war.

„Siehst du es denn so schwer, dein schönes Leben mir zu weihen, mir, der dich durch alle seine Fehler vergessen machen würde durch seine große Liebe zu dir?“

„Rein, Rudolph,“ sprach sie, das reizende, rosig erglühende Antlitz ihm voll zuwendend, und mit ebenso viel Innigkeit als Ernst ihre Hand in die seine legend, „es wird mir leicht, mich voll und ganz dir hinzugeben für das Leben, ohne einen anderen Wunsch, eine andere Sorge, als dein Glück. Du hast mich gelehrt, dich ebenso sehr zu achten, wie ich dich liebe.“

Als der junge Freiherr seine Braut den Eltern zuführte, verriet die beiden Mütter des jungen Mannes tiefe Beweguna. Aber die helle Freude, die

im Produktionsprozeß macht. Das Gesetz beseitigt nicht den Unternehmer, aber sein einseitiges Uebergewicht. Es bahnt den Weg zum Ideal des Sozialismus: zum gleichberechtigten Mitarbeiter und Mitbesitzer.

Zu Konsequenz des Arbeitsprogramms des Kabinetts Scheidemann wird die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach die dem öffentlichen Verkehr dienenden Stromerzeugungsanlagen (über 500 Kilowatt), sowie die Hochspannungsleitungen (über 50 000 Volt) in den Besitz des Reichs übergeführt werden.

Ein weiteres Gesetz, das die Braunkohlenerzeugung sozialisieren soll, hoffen wir binnen kurzem zur Vorlage reif zu machen.

Mit der Reichssteuerverwaltung, den Reichseisenbahnen und der Sozialisierung der Elektrizität, von Braunkohle, der bald der übrige Bergbau folgen soll, wird das Reich zum wichtigsten Faktor des Wirtschaftslebens. Mit diesen drei Machtmitteln ist im demokratischen Staat die Mehrheit des Volks jederzeit in der Lage, dem deutschen Wirtschaftskreis die Form und den Inhalt zu geben, den sie für richtig und möglich hält.

Im Hinblick auf die Bedürfnisse unseres Volks bedarf es nur eines Wirtschaftsprogramms. Das Kabinett hat die Planwirtschaft, die Zwangs-kartellierung aller Zweige der Wirtschaft abgelehnt. Die Regierung will die Zwangs-jacke der Kriegsgesellschaften nicht gegen eine neue, für den Frieden zugeschnittene tauschen. Die Regierung hat den Vertrag von Versailles vor allem der Erhaltung der Reichseinheit wegen unterzeichnet. Diese wäre aufs ernsteste gefährdet, wenn wiederum von Berlin aus zentralistisch und behördlich das ganze Wirtschaftsleben gedrängt würde.

Wir werden entschlossen an den Abbau der Reste der Kriegswirtschaft gehen. Für unsere künftige Wirtschaftspolitik werden drei Gebote richtunggebend sein: 1. Sozialisierung, soweit als möglich, und keinerlei neue Erschönerungen für die künftige durchgehende Sozialisierung; 2. Sicherstellung des Bedarfs der Kinderbemittelten an Nahrung und Kleidung; 3. Fernhaltung überflüssiger Luxus-einfuhr, die unsere Zahlungsmittel verschlechtern müßte, und überhaupt jeder Einfuhr, die unseren Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen würde.

An der Spitze aller Bemühungen muß natürlich die Ernährungsfrage stehen. Dazu sind bereits 1 1/2 Milliarden für eine Beschaffung der ausländischen Lebensmittel ausgeworfen. Auf eine Rationierung der wichtigsten Bestandteile der Volksernährung und Volkerversorgung werden wir einstweilen nicht verzichten können.

Zuerst wird die Bewirtschaftung der Textilien umgestaltet werden. Die aus der Kriegswirtschaft noch vorhandenen fertigen Stoffen sollen unverzüglich unter Berücksichtigung der Kinderbemittelten, der Arbeiterschaft, der Beamtenschaft und der Kriegsgefangenen, der Verdüsterung zugeführt und die nicht unerheblichen Vorräte an Wolle der Weiterbearbeitung zugeleitet werden.

Geplant ist ferner die Aushebung der Devisenordnung. Sie steht voraus eine Ergänzung der Vorschriften zur Abwanderung des Kapitals nach dem Auslande. Die Zensur des Brief- und Telegrammverkehrs kann dann endlich beseitigt werden. Unerläßlich bleibt nach wie vor die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr.

Wenn die leidigen Höchstpreisfestsetzungen abgeschafft würden, so wäre das der Todesstoß für den Schleichhandel.

Landrichter Lange.

Roman von Maria Janzen, geb. v. Sebregondi.

Nachdruck verboten

Das zweifelhafte, halb bewundernd blinzelte der junge Mann auf das schöne, blühende Geschöpf, das mit so ernstem Eifer eine Lebensanschauung aussprach, die in seinen Augen düster und freudlos war.

„Rein, Rudolph,“ sprach sie, das reizende, rosig erglühende Antlitz ihm voll zuwendend, und mit ebenso viel Innigkeit als Ernst ihre Hand in die seine legend, „es wird mir leicht, mich voll und ganz dir hinzugeben für das Leben, ohne einen anderen Wunsch, eine andere Sorge, als dein Glück.“

Als der junge Freiherr seine Braut den Eltern zuführte, verriet die beiden Mütter des jungen Mannes tiefe Beweguna. Aber die helle Freude, die

Landkreis Calw Kreisarchiv Calw



deutschen Stamme geschmälert werden könnte. Die alten partrifuristischen Bestrebungen von 1915 sind verschwunden. Wir in Süddeutschland bitten, die Stimmungsmomente nicht zu unterschätzen, die bei uns gegen einen Unitarismus sprechen und die leicht der Reichseinheit gefährlich werden könnten. Wir Demokraten in Süddeutschland unterstützen keine Rheinbund- und ähnliche Abrennungs-Tendenzen. Wir wünschen aber nicht einen Berliner Zentralismus, von dem wir im Kriege genug erfahren haben. Die zentralistische Kriegswirtschaft ist der größte Feind des Reiches gewesen. Wir bitten daher dringend, den Unitarismus nicht soweit zu treiben, daß durch ihn die dem Reich abträglichen Bestrebungen unterdrückt werden.

Hiernach wird eine große Anzahl von Anträgen debattelos angenommen. Die Wahl des Tagungsorts des nächsten Parteitage wird dem Hauptvorstand überwiesen.

Neues vom Tage.

hänisch bleibt.

Berlin, 23. Juli. Aus Weimar erfährt das „Berliner Tagblatt“, daß aus Kreisen der preussischen Landesversammlung mitgeteilt werde, die sozialdemokratische Fraktion habe das vor etwa 2 Wochen von dem preussischen Kultusminister Helmrich eingereichte Rücktrittsgesuch nicht genehmigt, da sie nahezu einstimmig den ablehnenden Standpunkt des Ministers gegenüber dem Schulompromiß teile.

Neue Kundgebungen?

Berlin, 23. Juli. Am ersten Sonntag des August sollen von den Unabhängigen und Kommunisten im Reich neue Kundgebungen für die Weltrevolution veranstaltet werden.

Die Bischöfe gegen die Auslieferung.

Berlin, 23. Juli. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Fulda mitgeteilt, daß für die bevorstehende Bischofskonferenz ein Antrag eingebracht wurde, gegen die Auslieferung von Mitgliedern des Kaiserhauses an die Entente entschieden zu protestieren.

London, 23. Juli. König Alfons von Spanien hat nach der „Times“ in einem Handschreiben an König Georg sich gegen die Aburteilung des Kaisers Wilhelm ausgesprochen.

Heimkehr der Ausgewiesenen.

Rotterdam, 22. Juli. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge ist in Rotterdam der Dampfer „Amist“ aus Sydney eingetroffen. Er hat 787 Männer, 76 Frauen und 92 Kinder, sämtlich aus Australien ausgewiesene Deutsche, an Bord. Sie sind heute im Sonderzug nach Deutschland abgereist.

Wesel, 23. Juli. Gestern Abend trafen von Rotterdam die Besatzung der „Emden“ und Mannschaften aus Tsingtau im Heimkehrlager von Friedrichsfeld ein, ferner 14 Zivilgefangenen transport; sämtliche aus Australien. Heute morgen kam ein Verwundetentransport aus England an.

Ein Saarstaat?

Berlin, 23. Juli. Wie der „Lokalanzeiger“ meldet, soll der jetzige Landrat von Saarbrücken mit der Bildung einer „Saarregierung“ beauftragt und zum Ministerpräsidenten ernannt werden sein. (Von wem?) Der neue Staat werde die Farben blau-weiß führen. (Das Rot der Tricolore würde wohl bald dazu kommen. D. Schr.) In der Bevölkerung zeige sich eine arge Seiten-Bewilderung. Angebereien gegen deutsche Beamte und Lehrer seien an der Tagesordnung, sodas selbst Franzosen ihrem Abscheu Ausdruck geben.

Aufhebung des Standrechts.

München, 23. Juli. Am 1. August werden das seit dem 25. April in Bayern gestrichelte Standrecht und die damit verknüpften Standgerichte aufgehoben. An ihre Stellen treten die neu organisierten Volksgerichte.

Oberamt Neuenbürg.

Bekehr mit Heu aus der Ernte 1919.

Heu darf nur gegen Bezugsschein aufgelauft und abgeseht werden. Die Ausstellung der Bezugsscheine ist beim Ortsvorsteher des Wohnorts des Gesuchstellers zu beantragen. Vordrucke von Anträgen sind in der Rohlhammerschen Buchdruckerei erhältlich. Bezugsscheine werden nur dem erteilt, der das Heu in seiner Wirtschaft selbst verbraucht.

I. Die Ausstellung der Bezugsscheine erfolgt

- 1) für den Bezug im Wohnort oder Oberamtsbezirk Neuenbürg durch das Oberamt.
- 2) für den Bezirk aus anderen Oberämtern Württembergs durch die Landesfüttermittelstelle. (Die Lieferung des Heus ist von der Ausführungsgenehmigung des betr. Oberamts abhängig.)

II. Für Heufuhren, die mit der Achse befördert werden, ist ein **Beförderungsschein**, der von der Gemeindebehörde des Orts, aus dem die Beförderung erfolgt, ausgestellt wird, erforderlich. Der Beförderungsschein hat nur an dem auf ihm vermerkten Tage Gültigkeit. Der Begleiter des Fuhrwerks hat den Beförderungsschein bei sich zu führen und ihn sofort durch Vermittlung des Ortsvorstehers des Wohnorts des Gesuchstellers an das Oberamt einzuliefern.

Mit der Eisenbahn darf Heu nur mit einem von dem Oberamt abgestempelten Frachtbrief befördert werden. Nachträgliche Beförderungsbedingungen des Abfänders sind nur zulässig, wenn sie ebenfalls den Stempel des Oberamts tragen.

III. Bezugsscheine werden jeweils nur für einen Heubedarf, der höchstens nur für die nächsten 3 Monate benötigt wird, ausgestellt und haben nur für die im Schein angegebene Frist Gültigkeit.

IV. Als Grundlage für die Bezugsscheine für Fuhrhalter und Betriebe, die kein oder nicht genügend eigenes Heu geerntet haben, dienen die Verbruchsätze, welche von der Württ. Landesfüttermittelstelle festgesetzt sind und bei der Schultheißenämtern erfragt werden können.

Baden.

(-) Karlsruhe, 23. Juli. Im Haushaltsauschuss des Landtags wurde mitgeteilt, daß das bad. Ministerium für militärische Angelegenheiten abgebaut werde. Die Reservemilitärbataillone haben sich günstig entwickelt. Der Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung der Landgüter wird dem nächsten Landtag zugehen. 7000 Hektar Moor- und Weidland sollen urbar gemacht werden. Die Staatsdomänen und großen Standesherrschaften sollen Land abtreten.

(-) Mannheim, 23. Juli. In der umfangreichen Schieberangelegenheit von Mitgliedern der Lebensmittelkommission des Arbeiterrats sind jetzt auch zwei Angestellte des Lebensmittelamts verhaftet worden.

(-) Mannheim, 23. Juli. Eine pfälzische Schmugglergesellschaft kam beim Herüberschaffen einer größeren Warenladung über den Rhein mit den französischen Wachtposten in ein Feuergefecht, wobei vier Schmuggler getötet wurden.

Württembergischer Landtag.

(-) Stuttgart, 23. Juli.

Vizepräsident Dr. Kock eröffnet die Sitzung um 4.15 Uhr. Abstimmung über die Anträge zum Ernährungsministerium.

Ohne Abstimmung werden angenommen der Antrag Ströbel und Gen. (B.B.) über die Förderung der Kaltblutzucht, der Ausfühsantrag über die Abgabe von Waldgras auf Laubstreu, sowie über die Aufnahme der Kopfkrankheit der Pferde unter die Entschädigungspflichtigen Seuchenkrankheiten. Ueber den von Ströbel und Gen. beantragten Zusatz über Erleichterung der Mählenkontrolle zu dem Ausfühsantrag wegen Gewährung einer ausreichenden Selbstversorgung im Falle der Verhütung der Zwangswirtschaft muß auf Antrag des Abg. Körner namentlich abgestimmt werden; die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags mit 62 gegen 45 Stimmen der Sozialdemokratie und der übrigen Linken (Frau Jethin stimmt mit Ja.) Der Ausfühsantrag selbst findet einstimmige Annahme; ebenso die weiteren Anträge über Spätkostversorgung, Frühfruchtpremie, Ausmahlung des Getreides, Domänenpächter (Viehhaltung), sowie die Bewirtschaftung der Gerste.

Für den Antrag Ströbel und Gen. (B.B.), daß, solange die Zwangswirtschaft noch besteht, die landw. Höchstpreise so festgesetzt werden, daß dabei die Arbeitslöhne, die sonstigen Betriebskosten und die allgemeine Geldwertung berücksichtigt und daß Preise, die nach Berechnung der Sachverständigen den jeweiligen Erzeugungskosten nicht entsprechen, nach Anhörung von Erzeugern und Verbrauchern abgeändert werden, ist gleichfalls namentlich abgestimmt; der Antrag findet mit 68 gegen 44 Stimmen der gesamten Linken (Frau Jethin stimmt wieder mit Ja) Annahme.

Namentlich abgestimmt wird hierauf auch über den Antrag Ströbel und Gen. (B.B.), daß die Zwangswirtschaft nach der Ernte und bis zur völligen Aushebung der Zwangswirtschaft die Beschlagsnahme aufgehoben und das Lieferungsoll so festgesetzt wird, daß für den Erzeuger die zur Aufrechterhaltung des Betriebs notwendigen Mengen verbleiben; der Antrag wird mit 88 gegen 22 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag des Zentrums zugunsten der verhandelten Bezüge Oberschwabens findet widerspruchlose Annahme; dagegen wird der Antrag Haug und Gen. (B.B.), daß bei der diesjährigen Weinpreislösung auf jede behördliche Einwirkung verzichtet werden soll, gegen sehr starke Mehrheit abgelehnt.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 23. Juli. (Aufwandsentschädigung der Abgeordneten.) Ein neues Gesetz sieht eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten von 1500 auf 2200 Mark vor. Die Erhöhung bedeutet bei den 150 Abgeordneten einen Mehraufwand von 105 000 Mark.

(-) Stuttgart, 23. Juli. (Anfrage.) Die Abgeordneten Hiller, Herß, Schaible und Winder (B.B.) haben an den Arbeitsminister die Anfrage gerichtet: Ist dem Herrn Arbeitsminister bekannt, daß seitens der Reichsbekleidungsstelle Textilwaren gleicher Art und Beschaffenheit zu den verschiedensten Preisen — mit einem Preisunterschied bis zu 90 Prozent — in den Verkehr gebracht werden. Ist die Regierung bereit, an maßgebender Stelle darauf hinzuwirken, daß solche Waren der Bevölkerung künftig zu gleichen Preisen zur Verfügung gestellt werden?

(-) Stuttgart, 23. Juli. (Die Pferde sind wieder

da) In der Nacht zum Sonntag wurden aus einer Stallung beim Krankenhaus in Cannstatt vier der Stadt Stuttgart gehörige wertvolle Zugpferde samt Geschirren gestohlen. Sofort wurden die Schultheißenämter im Lande verständigt und da stellte sich heraus, daß zwei Diebe die Pferde nach Ebersbach a. F. entführt und dort an einen Schmiedemeister, der zugleich Pferdehandel betreibt, nach einer schon am Samstag vormittag getroffenen Vereinbarung um 9000 Mk. verkauft hatten, wofür 2000 Mk. Anzahlung bekommen hatten. Dem Käufer freigegeben, aber nachträglich Zweifel auf und er meldete nach Kauf des Ortspolizeibehörden, die dann weiter nach Stuttgart berichtete. Alle vier Pferde sind wieder beigebracht. Die Diebe, von denen einer ein fleckenförmig verfolgter internationaler Gauner sein soll, haben mit den 2000 Mk. das Weite gesucht. Der Geberste dürfte aber keinen Schaden haben, da ihm die Belohnung von 2000 Mk., die von der Stadt Stuttgart für Wiederbeibringung der Pferde ausgesetzt wurde, zufallen wird.

(-) Heilbronn, 23. Juli. (Von der Garnison.) Infolge der letzten Anruhen, die hauptsächlich auf das gespannte Verhältnis zwischen den bisherigen Sicherheitstruppen und dem neu hierher geleiteten Jägerbataillon 13 zurückzuführen sind, sollen, wie verlautet, die Sicherheitstruppen wieder aus dem Jägerbataillon herausgenommen werden und selbständig bleiben. Auch sollen nach der „S. Zig.“ in Stuttgart Verhandlungen stattfinden, daß die Einführung der Reichswehr in Württemberg unterbleibe.

Unmütliches Wetter.

Der Luftwirbel wird bereits wieder durch einen Hochdruck abgelöst. Am Freitag und Samstag ist noch zeitweilig bedecktes, aber wieder aufheitendes und wärmeres Wetter zu erwarten.

Aus dem Bezirk

Marlow-Abend. Wer wieder einmal recht herzlich lachen will, veräume nicht, heute Abend in den Kurzaal zu gehen, um Eugen Marlow, den Spender heiterer Laune zu hören. (Siehe Inserat.)

Luftiger Meister-Abend. Freunde einer heiteren Muse seien nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am 25. Juli im Saal der „Alten Linde“ ab 8 Uhr der lustige Abend stattfindet. Wir lassen einige Urteile der Presse über Herrn Meister folgen: Arnold Meister ist ein Vortragstalent erster Klasse! Er sang mit einschmeichelnder Stimme Volkslieder, Wiener Lieder, Heitere und Satirische, errang sich aller Sympathien und erweckte stürmische Heiterkeit! — Arnold Meister kam, sang und siegte! Leo Grichsen in Wildbad. Eine außergewöhnliche Darbietung bringt der nächste Montag. Der weltbekannte Experimental-Psychologe, der von seiner Kriegs-Verwundung wieder völlig hergestellt ist und seine Vortragsreisen in vollen Umfange wieder aufnimmt, kommt auf seiner Bäder-Tournee am 28. Juli nach Wildbad, bei dessen Publikum er ja seit vielen Jahren in bester Erinnerung steht und zwar veranstaltet er am Nachmittag, vier Uhr — als Sonderveranstaltung, da die getroffenen Dispositionen eine andere Zeit unmöglich machen — einen Experimental-Abend „An der Grenze des Ueberförmlichen, der wohl das Interessanteste bringen dürfte, was dem gebildeten Publikum geboten werden kann. Leo Grichsen, bekanntlich der intimste Kenner des Okkultismus, behandelt diesmal vorzugsweise das Gebiet der seelischen Fernwirkungen — Suggestion — Hypnose — Telepathie — persönlicher Einfluß und unterstützt seine Aufführungen durch hochinteressante Experimente und Demonstrationen. Seit Jahren tritt Leo Grichsen, der sich namentlich beim Württemberger Publikum, das ein ganz besonderes Verständnis für die Art seines geistigen Schaffens zeigt, einer besonderen Beliebtheit erfreut, auch in Wildbad vor überfüllten Sälen auf und so dürfte auch der Besuch der diesjährigen Veranstaltung, trotzdem sie zu einer außergewöhnlichen Zeit stattfindet, ein besonders starker sein. Der Karten-Vorverkauf beginnt am Samstag.

Arnbach, 23. Juli. Schultheiß Höll, welcher über 26 Jahre Ortsvorsteher der Gemeinde Arnbach war, wurde durch Erlass der Kreisregierung in den Ruhestand versetzt.

Arnbach, 23. Juli. (Aufwandsentschädigung der Abgeordneten.) Ein neues Gesetz sieht eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten von 1500 auf 2200 Mark vor. Die Erhöhung bedeutet bei den 150 Abgeordneten einen Mehraufwand von 105 000 Mark.

(-) Stuttgart, 23. Juli. (Anfrage.) Die Abgeordneten Hiller, Herß, Schaible und Winder (B.B.) haben an den Arbeitsminister die Anfrage gerichtet: Ist dem Herrn Arbeitsminister bekannt, daß seitens der Reichsbekleidungsstelle Textilwaren gleicher Art und Beschaffenheit zu den verschiedensten Preisen — mit einem Preisunterschied bis zu 90 Prozent — in den Verkehr gebracht werden. Ist die Regierung bereit, an maßgebender Stelle darauf hinzuwirken, daß solche Waren der Bevölkerung künftig zu gleichen Preisen zur Verfügung gestellt werden?

(-) Stuttgart, 23. Juli. (Die Pferde sind wieder

V. Da das Heu nicht beschlagnahmt ist, ist es Sache jedes einzelnen Heuverbrauchers, soweit er nicht eigenes Heu besitzt, sich selbst nach einem Heulieferanten umzusehen, da das Oberamt und die Landesfüttermittelstelle nicht in der Lage sind, Heu zum Bezug anzumessen.

VI. Die Ausfuhr von Heu aus Württemberg ist verboten.

VII. Alle Tierhalter werden zu sparsamer Verfütterung von Heu angehalten.

VIII. Die Herren Ortsvorsteher, die Landjäger- und Polizeimannschaften haben für eine wirksame Ueberwachung des Heuverkehrs Sorge zu tragen und gegen Zuwiderhandlungen nachdrücklich vorzugehen.

Neuenbürg, den 10. Juli 1919. Oberamt.

Veröffentlicht: Wildbad, den 19. Juli 1919.

Stadtschultheißenamt: Bähnert.

Schulnachrichten.

Ein weiteres öffentliches Urteil („Br. Wochenblatt“) über die nach Wildbad übergesiedelte Reformschule: In „Br. Wochenblatt“ (Nr. 81) schreibt Herr Dr. Richard Wern: „Woher kommt es, daß die Schülerzahl der Reformschule so sehr gestiegen ist? Woher kommt es, daß die Schüler sich dort so wohl fühlen und in ihren Studien so rasch vorwärts kommen? Einer schreibt es dem andern, daß er hier eine Schule gefunden hat, in welcher ihm ein Unterricht geboten wird, ganz angepaßt seiner persönlichen geistigen Anlage. In alle Ecken Deutschlands, von der Westgrenze bis hinauf zum sagenumwobenen Rheinstrom, ist die Kunde gedrungen, daß die Schäden des Schulwesens, wie sie der Krieg notgedrungen mit sich bringen mußte, hier geheilt werden, weil hier ein stetig fördernder Unterricht erteilt werden kann; so treffen wir hier Kandidaten zu dem Einzylinder, Obersekunda, Primarstufe und Abiturientenexamen für reale und humanistische Bildung. Ein jeder wird hier in individueller Weise gefördert.“ Darum, Eltern, wenn Euch der Gedanke quält: Wie sollen unsere Söhne das Veräumte nachholen? Wie können sie ihr Ziel erreichen?, so gedenket der Höheren Reform-Lehranstalt in Wildbad.“ Dr. R. Wern.

Sizung des Gemeinderats

am Freitag, den 25. Juli 1919, nachm. 5 Uhr:

- ### Tagesordnung:
1. Besuch der Kleinkinderschule Sprollenhaus um Erhöhung des städtischen Beitrags.
 2. Wahl der Mitglieder des Unterganggerichts und der örtlichen Inventurbehörde.
 3. Besuch der Feuerwehrkapelle um einen Beitrag.
 4. Besuch des stellvertretenden Stadtrates um seine definitive Anstellung.
 5. Verschiedenes.

Bekanntmachung.

Heimkehrende Kriegesgefangene u. Internierte

wollen in ihrem eigenen Interesse folgendes beachten:

1) Die erste Dienststelle für Zurückkehrende ist das Durchgangslager (Dulag) woselbst der Zurückkehrende ärztlich untersucht wird, einen Entlassungs-Antrag erhält und beurteilt wird.

Bei Antritt des Urlaubs ist persönliche Meldung beim Bezirkskommando (Zimmer 16) unter Vorlage des v. m. „Dulag“ erhaltenen Ueberweisungs-Entlassungs-Urlasses erforderlich, damit weiteres zwecks Auszahlung der Gehaltsreste, Fertigstellung der Militärpapiere und ordnungsmäßiger Entlassung eingeleitet werden kann.

2) Bereits Zurückgehrtene werden ersucht, sich im Laufe der nächsten Woche persönlich unter Vorlage des vom „Dulag“ erhaltenen Ueberweisungs-Entlassungs-Urlasses eines beim Bezirkskommando (Zimmer 16) zu melden. Das persönliche Interesse jedes Zurückgekehrten erfordert eine Beachtung des Obigen, da nur hierdurch die Möglichkeit besteht, daß bis Ablauf des Urlaubs die zuständigen Behörden und sonst. Forderungen geregelt werden können.

Bezirkskommando Calw.

gef. Faber.

Gasverbrauch.

Das Gaswerk kann wegen Kohlenmangels und schlechter Beschaffenheit der Kohlen seinen Betrieb von heute ab nicht mehr voll aufrecht erhalten. Es kann nur noch Gas abgegeben werden von morgens 7-8 Uhr vorm. und 11-1 Uhr nachm. und von Eintritt der Dunkelheit an bis nachm. 11 Uhr. Sämtliche Gasbahnen sind in der Zwischenzeit zur Verhütung von Unglücksfällen geschlossen zu halten. Sparfamster Gasverbrauch ist geboten, damit eine völlige Gasperre vermieden werden kann.

Wilbb d, den 24. Juli 1919.

Stadtschultheißenamt: Bäger.

Kaffee und Seife.

Im städt. Lebensmittelamt wird frisch gebr. Kaffee das Pfd. zu 10 Mk. und Kernseife das annähernd 2 Pfd. schwere St. zu 7 50 Mk. verkauft.

Lebensmittelamt:
Rappellmann, A.-H. Schlüter.

Forstamt Meßstern.

Eichen-Stammholz- u. Beig-Holz-Verkauf.

Am Montag, den 28. Juli nachm. 3 Uhr im Enzshof aus Staatswald Abt. 6 Döfenweide, 7 Enzsh: 17 Eichen mit Km.: 1 II., 3 III., 7 IV. und 23 V. Kl. Eichen, Beigholz: Km.: 59 Andruck (mit etwas Nutholz).

Im Anfertigen von

Grabeinfassungen

Staffelritten und Wassersteinen

aus buntem Sandstein empfiehlt sich bei tadelloser Ausführung und billigster Berechnung

Wilh. Maier,
Steinhauer :: Wildbad.

187

Aluminium-Geschirre.

70% leichter als andere Geschirre		50% Ersparnis an Brennmaterial
Omelettfannen Durchm. 24 cm	Mk. 13.50	
Bräter, oval m. Deckel Durchm. 34 cm	39.50	
" " " " " 28 " "	28.00	
" " " " " 24 " "	22.00	
" " " " " 20 " "	18.50	

Waffeleisen für Gas- u. Kohlenfeuerung 33.50
Fritz Krauß, Eisenwaren,
Hauptstraße 148 — Wildbad.

Besten Schutz

gegen **Verlust**

durch Feuer und Diebstahl

bietet die

Aufbewahrung v. Wertpapieren, Urkunden u. Schmucksachen jed. Art in unserer

Stahlkammer.

In dieser Stahlkammer befinden sich eiserne Schranktücher, die in verschiedenen Größen, zu billigen Preisen, auf beliebige Zeit, unter Eigenverschluss des Mieters zur Verfügung gestellt werden.

Wertsachen können uns auch in versiegelten Paketen, Kisten etc. verpackt, zur sicheren Aufbewahrung übergeben werden.

Besichtigung der Stahlkammer ist während der Geschäftsstunden gerne gestattet.

Stahl & Federer Akt.-Ges.
Filiale Wildbad.

Mädchen-Gesuch.

Auf 1. oder 15. August wird in kleinen Gasthof anständiges Mädchen für Küche und Zimmer gesucht, demselben ist Gelegenheit geboten das Kochen gründlich zu erlernen. Lohn, Kost und Behandlung auf Zu erfragen bei der Exped. ds. Bl. unter Nr. 190.2

Düten und Beutel

mit und ohne Aufdruck — liefert zu Fabrikpreisen die

Wildbader Verlagsdruckerei

Kunst-Honig

Beim Ausschreiben des Kunst-Honigs ist ein Irrtum unterlaufen. Es sollen nicht 900 Gr. sondern 90 Gr. heißen. Städt. Lebensmittelamt.

Turnverein Wildbad

Heute Abend 8 Uhr
Ausflugszug
in der Turnhalle.

Männerriege
jeden Donnerstag von
8 Uhr ab Turnstunde.

Danklagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres Vaters, Großvaters, Schwagers und Onkels

Christian Krautwasser

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtvikars, den erhabenden Gesang, für die liebevolle Verpflegung seitens der Schwestern, für die vielen Krankenbesuche, die vielen Blumenspenden und allen denen, die ihn zur letzten Ruhe begleiteten, sagen wir unsern innigsten Dank.

In tiefer Trauer:

Die Hinterbliebenen.

Wer sich ein gutes Getränk herstellen will, der verwende den bekannten

Ruf's Kunstmostansatz mit Heidelbeerzusatz

und mit Süßstoff, die Flasche zu 100 Liter reichend kostet Mk. 17.—, ferner Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten, zu 100 Liter Mk. 35.—

Viele Anerkennungen.
Robert Ruf, Heidelbeer-Verandlung, G. Hing. n. Waldwangen, 3. II. 1918.
Senden Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmostansatz mit Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff zu 200 Liter. Mit dem letzten war ich sehr zufrieden.

gez. Christian Schneider, Bahnwärter.

Auenheim (Amt Kehl), 2. Dez. 1918.
Da uns das aus Ihrem Kunstmostansatz hergestellte Getränk ausgezeichnet schmeckt und schon viele Freunde erworben hat, so erlaube ich Sie freundlichst um sofortige Zusendung einer Flasche Kunstmostansatz mit Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff zu bitten.
Niederlagen werden errichtet.
gez. Karl Fr. Landenberger.

Toilette- und Waschseife

frisch eingetroffen wird zu den billigsten Preisen abgegeben
Drogerie Albert Barth,
Calmbach.

Zu Neuanfertigung von Steinholz-Böden

sowie in Reparaturen empfiehlt sich bei sofortiger Ausführung da zur Zeit hier in Arbeit
Daniel Bachofer,
Bodenbelaggeschäft Birkenfeld.
Aufträge nimmt entgegen Carl Botzenhardt jr. Baugeschäft Wildbad.

Die hier ersichtliche Kunden-Zunahme vom 1. Juli sowie die Erledigung von 80% aller Backeranlagen bzw. Umwandlungen und 95% aller Jahresabschlüsse nach doppelter Buchführung an einem Tag sollte jeden Interessenten veranlassen, kostenlos und unverbindlich Honorar-Karl Hecht, Bacher-Revisor und kaufm. Sachverständiger, Stuttgart-Gablenberg, zu verlangen.

Heute! **KURSAAL** Heute!

Heiterer Abend

-- von --

EUGEN MARLOW

HOFSCHAUSPIELER vom Hoftheater Braunschweig.

WITZ -- HUMOR -- SATIRE

Preise der Plätze: Mk. 4.—, 3.—, 2.—, 1.50 und Mk. 1.—
Vorverkauf an der Kasse des König Karl-Bads.

Offeriere billig

Ia. Reinigungs-Kristall

Friedensware,
Ia. Futterkalk, Marke „B“ und Leimzusatz, Marke „Ge-Us“,
Bürkle & Klinnert,
chem. techn. Produkte, STUTTGART,
Kronprinzenstrasse 3.

■ ■ Fahrgelegenheit ■ ■
für Schwarzwaldtouren.

Elegante Ein- und Zweispänner-Wagen für ein- und mehrtägige Touren bringt in empfehlende Erinnerung
Carl Rath,
Fuhrunternehmer,
Villa Carl Rath, Wilhelmstr. 166.
Telephon-Ruf durch Nr. 52.

Salzheringe

sind eingetroffen bei
Adolf Blumenthal.
— Prima flüssige —
Teer-Seife
per Flasche Mk. 5.—
— bei —
Chr. Schmid & Sohn
König-Karlstr. 68
neben Hotel Deutscher Hof.

frische
Zitronen
eingetroffen, jeden Tag frische
Kirschen
Chirigato.
Fleißiges, ehrliches
Mädchen
für Haus- und Zimmerarbeit kann sofort eintreten.
Wo? sagt die Red. ds. Bl.

Laden

in der König-Karlstr. 71, ca. 56 qm groß mit 2 großen Schaufenstern, für jed. Geschäft passend, eventuell mit Wohnung sofort zu vermieten. Gest. Angebote unt. Nr. 547 an die Exped. ds. Bl.

Prima
Bodenöl
ist wieder eingetroffen bei
Fritz Bürkle, Calmbach.
2 fast noch neu, nicht viel getragene
Anzüge
für das Alter von 17-19 Jahren, zu verkaufen. [528
Zu erfragen bei Hrn. Gott. Schneidermeister, Calmbach.

Elektro-Motorenöl,
Maschinenöl,
Geruchloses
Bodenöl kein (Ersatz)
Wagen-, Leder- und konsist. Fett, Huf-Fett empfiehlt
Fritz Krauss,
Hauptstr. 143 :: Wildbad

Achtung!

Verfende 4 Muster für leicht verkäuf. Artikel für nur Mk. 2.50 gegen Einsendung des Betrages oder Nachnahme. Wiederverkäufer an jedem Ort gesucht. Versandhaus Wittmann, Lehnungen bei Pforzheim (Baden).

1 Läuferhahn,
1 Ziege,
und ein 8 Wochen altes Lamm,
hat zu verkaufen. [292
Robert Haag, Wildbad,
Hohenlohestr.

Salon-Ausfahrten
noch 35 Stück Friedensfabrikate mit Reineisenschiffen, wunderbare Goldbildhauzarbeit, Gewichtung, liebtöndender Stückdruck mit Schlagwerk versehen mit 10 Jahre schriftl. Garantie das Stück zu Mk. 62.—, F. u. C. Bräun, Uhrmacherei, Hochentwangen in Würtbg. 217

Verkaufe in Auftrag einen noch gut erhaltenen
Auszug.
Zu erfragen bei Georg Senfried, Calmbach, Vieh-gasse 75. [528

Briefpapiere
Paketadressen
Ansichtskarten
Wildbader
Verlagsdruckerei
u. Buchhandlung
Wilhelmstraße 99.

